



Neun Stunden dauerte der Bezirksparteitag der SPD in der neuen Stadthalle.



Hausherr Michael Zimmermann und die Stadthostessen im Foyer der Stadthalle.

Erstmals SPD-Bezirksparteitag in Cham inmitten eines erbitterten Ringens um weiteren Weg zur sozialen Demokratie

Die Politik feierte Einstand in der neuen Stadthalle mit 228 SPD-Delegierten aus Niederbayern und Oberpfalz

Wd. Cham. Zwei Tage nach der Eröffnung feierte die Politik großen Einstand in der neuen Stadthalle. In der renommierten Festhalle fand der Bezirksparteitag der SPD Niederbayern-Oberpfalz statt. Als Hausherr konnte Bürgermeister Michael Zimmermann den Bezirksvorstand der Partei, 228 Delegierte und im Laufe des Tages den Bundesgeschäftsführer der SPD, Holger Börner, und den stellvertretenden Landesvorsitzenden, Dr. Peter Glotz, willkommen heißen. Die Stadthostessen und junge Saaldienersinnen mit roten Häubchen gehörten zum Arrangement der gut funktionierenden Organisation. Rote Fahnen am Vorplatz mit den Parteiinitialen, ein rotes Transparent mit der Aufschrift „Bezirksparteitag“ über der Auffahrt und eine mit rotem Papier verkleidete Tischreihe des Präsidiums bildeten die äußere Optik, in deren Brennpunkt das Motto des Tages mit riesigen weißen Lettern auf blauem Bühnenhintergrund stand: „Willy Brandt muß Kanzler bleiben.“ Bezirksvorsitzender Valentin Kuhbandner verkündete: „Es gibt keinen Linkstrend in der SPD“, womit er erkennen ließ, daß das Rot nicht mehr als Tradition und Dekor zu bedeuten habe.

führte beispielelose emotionelle Hetzkampagne“ und erinnerte an braune Zeiten, in denen ein Chefideologe gesagt haben soll, wenn man den Leuten lange genug Lügen auftrische, glaubten sie es.

Gebietsreform mißglückt

Die Gebietsreform sei eine von Merk und der CSU veranlaßte, ausschließlich politische Reform und trage zu einem Aufblähen der Verwaltung bei. Man habe sie auf dem Verordnungsweg diktiert und gegenteilige Initiativanträge im Landtag nicht einmal diskutiert. Wäre man dem SPD-Vorschlag gefolgt, dann hätten 21 Prozent der bayerischen Verwaltungskosten eingespart werden können. Diese und andere Manöver der CSU seien der totale Griff nach der Macht, obwohl den

Menschen Gebietsnachteile weiterhin blieben Strauß lasse auch bei der Rundfunkgesetzgebung seine Puppen von Bonn aus tanzen. „Die CSU war und wird keine politische Partei. Ihr ist jedes Mittel recht, um die Macht zu behaupten. Und ich sage euch, wer den Teufel ins Spiel bringt, kommt mit ihm um!“

Valentin Kuhbandner zählte die Leistungen der SPD in Bayern auf und stellte die ablehnende Haltung der CSU zu Mieterschutz- und Betriebsverfassungsgesetzgebung heraus, Landesschulumlage und fehlendem Staatsstraßenbau. Kuhbandner sprach von einer verdoppelten Volkswirtschaft zwischen 1960 und 1970, steigenden Umweltgefahren, sowie vermehrten Bedürfnissen in der Bevölkerung. Er beklagte sich über die starke Verschuldung der Gemeinden. „Seit Jahren finanziert die Regierung Goppel Staatsaufgaben aus Kommunalkonsum und bedient sich dabei Taschenspielertricks, die manchem Schausteller zum Ruhme verhelfen würden.“ Der Redner verdeutlichte dies an vielen Zahlenbeispielen, kam zum „Machtrausch der Verstaatlichung kommunaler Polizeien“, der 500 Millionen Mark koste. Die Gesetze zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung seien also eine „reine Augenauswischerei“.



SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner (vorne) und der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Peter Glotz.

Kuhbandner: „Er markierte die Schicksalslinie unseres Volkes und trat durch die innere Konsequenz seines Handelns stets für sozialdemokratische Politik ein.“

„Staatsregierung verhinderte Änderungen“

Den Gruß der Gastgeberstadt brachte Michael Zimmermann. Er sprach von kommunalen Fortschritten und dankte den beim Wahlkampf helfenden Berliner Genossen. Für Ortsverein, Kreisverband und Unterbezirk trat Josef Steinmann ans Rednerpult. Er freute sich, daß eine derartige Veranstaltung zum ersten Mal in Cham stattfindet, wo doch das Gebiet von den Wahlergebnissen her CSU-Domäne sei. „Die SPD-Stützpunkte sind nur wie rote Inseln in einem schwarzen Meer!“ Den Vorstand der Arbeiterwohlfahrt repräsentierte Toni Hochleitner und bekräftigte das Motto „Willy Brandt muß Bundeskanzler bleiben“. Wolfgang Baier grüßte für die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen. Die zur Leitung eines Parteitagess unentbehrlichen Abteilungen Präsidium, Schriftführer, Mandatsprüfungskommission, Wahlprüfer und Antragskommission wurden aus 23 Personen gebildet, bevor der Bezirksvorsitzende aus Tirschenreuth mit seinem Tätigkeitsbericht begann.

Valentin Kuhbandner nannte die CSU „alles andere als eine christliche Partei“, vielmehr „rechtskonservativ, an längst überholten nationalistischen Leitbildern orientiert und machtbesessen“. Sie habe Niederbayern und die Oberpfalz in Bonn stiefmütterlich behandelt und betrachte ein Bekenntnis zu ihr glaubensentscheidend. Die bayerische Staatsregierung verhindere wesentliche strukturelle Veränderungen, behindere die Entwicklung in Wirtschaft und Bildung. Weiterhin wäre sie gewillt, die Ballungszentren zu fördern und Oberbayern herauszustellen. „Niederbayern und die Oberpfalz werden nur als Wahlfundgrube behandelt.“ So sei das Ergebnis der Landtagswahlen für die SPD deprimierend. Kuhbandner kam auf die „von Strauß ange-

Unzuverlässige Überläufer verfälschten Wählerwillen

Valentin Kuhbandner ging auf das Hauptthema dieses Parteitagess ein: Den vorgezogenen Bundestagswahlkampf. Durch politisch unzuverlässige Mandatsträger und Überläufer sei der Wählerwille verfälscht worden. Man könne die Regierung aber nicht als geschei-

tert sehen, wenn wegen dieser Vorkommnisse der Bundestag aufgelöst wurde. Der Wahlkampf habe begonnen, doch sei es kein normaler. „Für uns wird dieser Wahlkampf zu einem erbitterten Ringen um den weiteren Weg der sozialen Demokratie im nächsten Jahrzehnt.“ Der Referent nannte die Tätigkeit der „zurechtgeschneiderten Wahlunion“ Strauß/Barzel als gefährlich, verketzernd und zum Schaden des demokratischen Staatswesens! Strauß habe früher den Bundestag belogen und mußte ausscheiden. Heute gelte er als anständig und tüchtig.

Jusos unterstützen die Partei

Der SPD-Bezirksvorsitzende brach eine Lanze für die Jungsozialisten. Sie gingen gerne übers Ziel hinaus und manchmal an den Realitäten vorbei. Kuhbandner besann sich aber auch der eigenen Sturm- und Drangperiode, stellte fest, daß die Jusos bereit wären, die Politik der Partei zu unterstützen. Sie würden diese Politik morgen übernehmen. „Deshalb auch lassen wir unsere jungen Freunde von gekauften Leuten nicht beleidigen. Es gibt keinen Linkstrend in der SPD. Sie ist eine wahre Volkspartei!“ Die Bundesrepublik dürfe keine politische Aktiengesellschaft werden. Mit ihrer industriefrommen Politik habe die CSU immer Reformen verhindert. „Die wenigen Superreichen, denen die Politik der CDU/CSU gedient hat, blasen zum Sturm.“ 81 Millionen gäben sie bar und 40 Millionen Mark für Inserate. „Unsere Politik gilt dem Menschen und nicht dem Kapital“, sagte Kuhbandner und fuhr



Valentin Kuhbandner: „Wer den Teufel ins Spiel bringt, kommt mit ihm um!“

Lesen Sie bitte auf der nächsten Seite weiter



Das Präsidium des Bezirksparteitagess auf der Bühne in der Stadthalle.



Fleißige Hostessen verteilten Informationsmaterialien und Unterlagen zur Vorstandswahl.